

Infrastruktur: Föderalabgeordnete befragte Minister Jambon – „Wille der Föderalregierung vorhanden, ein neues Gebäude zu bauen“ Polizeigebäude: Jadin unterstreicht akuten Handlungsbedarf

• EUPEN

Die Föderalabgeordnete Katrin Jadin (PFF) hat den Bau eines neuen gemeinsamen Polizeigebäudes für die lokalen und föderalen Dienste in Eupen in der Kammer verteidigt. Am Dienstag antwortete der zuständige Minister Jan Jambon (N-VA) auf die entsprechenden Fragen aus den Monaten Januar und März. Im Ausschuss für Finanzen unter-

strich Jadin den akuten Handlungsbedarf. „In seiner Antwort versicherte mir Minister Jambon, dass der Wille der Föderalregierung vorhanden sei, ein neues Gebäude für die lokale und föderale Polizei in Eupen zu bauen. Eine Aussage, die für alle Beteiligten zwar ermutigend, aber sicherlich noch nicht zufriedenstellend ist. Zufrieden werden wir so-

wieso erst sein, wenn die Bauger – ähnlich wie beim Bau des Justizgebäudes – rollen“, teilte die Föderalabgeordnete anschließend mit. Sie wolle, so betonte die Eupenerin, „in dieser Angelegenheit keinen Rückschritt mehr dulden“. Außerdem stelle sie sich die Frage, wie sich nun die Zusammenarbeit zwischen der Zone Weser-Göhl und der Gebäude-

regie konkret gestalten. Der Generaldirektor der Gebäude-

regie hatte sich im März ein Bild von den „besorgniserregenden Zuständen“ an der Herbesthaler Straße gemacht. Momentan sei die Gebäude-

regie dabei, einen passenden Standort für besagten Bau zu suchen. Hierfür sammle sie zurzeit alle notwendigen Informationen bei Grundstückbesitzern ein, die eine entsprechende Fläche für das Großprojekt bieten könnten. Zudem werde ebenfalls gerade eine Machbarkeitsstudie für den Standort „Herbesthaler Straße“ anhand der Bedürfnisprogramme der lokalen und föderalen Polizei durchgeführt. „Diese Antwort ist auf keinen Fall zufriedenstellend, denn der aktuelle Standort kann nicht ernsthaft auch der zukünftige Standort sein. Das würde nämlich bedeuten, dass die Polizisten während sehr langer Zeit in einer Baustelle arbeiten müssten und das kann niemand verantworten. In einer gemeinsamen Arbeitssitzung wurde den Vertretern der Gebäude-

regie eine Reihe anderer Standorte vorgeschlagen, die für ein solches Vorhaben definitiv besser geeignet wären“, hält Katrin Jadin in ihrer Stellungnahme fest. Sobald ein Standort aus-

gemacht sei und durch die Verantwortlichen gutgeheißen würde, werde ein Kalender für die entsprechenden Etappen zum Bau eines neuen

Gebäudes erstellt. Dabei werde das Finanzkonstrukt aller Wahrscheinlichkeit nach über ein PPP-Verfahren laufen.

Die Föderalabgeordnete machte den Minister ebenfalls auf die desolaten Zustände aufmerksam, in denen die Polizisten aktuell arbeiten und die bis zum Neubau auf alle Fälle überbrückt werden müssten. „Der Minister scheint sich der Situation vor Ort nicht bewusst zu sein. Es wird in Zukunft ganz einfach notwendig werden, praktische Lösungen zur Überbrückung zu finden. Ich habe den Minister deshalb nochmals eingeladen, sich die Zustände vor Ort anzusehen.“ (red)



„Diese Antwort ist auf keinen Fall zufriedenstellend, denn der aktuelle Standort kann nicht ernsthaft auch der zukünftige Standort sein“, reagierte Katrin Jadin (PFF) auf die Antwort von Minister Jan Jambon (N-VA). Foto: GE-Archiv



Grenz Echo 21/06/2018, bladzijden 8 & 9

All rights reserved. Gebruik and reproductie enkel mits toelating van de uitgever via Grenz Echo

